



II- 1538 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE717 /A.B.
zu 648 /J.

Zl. 17.256-Präs.G/72

Präs. am 18. Sep. 1972

7. SEP. 1972

Parlamentarische Anfrage 648/J der
Abgeordneten Sandmeier, Burger,
DDr. Neuner und Genossen;
betreffend Beiräte, Kommissionen
und Projektgruppen.

An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

Parlament

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 648/J, die die Abgeordneten Sandmeier, Burger, DDr. Neuner und Genossen am 8. Juli 1972 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

ad 1) "Welche der von Ihnen in der Anfragebeantwortung aus dem Jahre 1971 angeführten Projektgruppen, Beiräte und Kommissionen wurden seither aufgelöst

- a) wegen Abschluß der ihnen zugedachten Arbeiten?
- b) aus welchen sonstigen Gründen?"

Am 22. Juli 1972 wurden in Brüssel das Globalabkommen zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften sowie das Interimsabkommen unterzeichnet. Hiemit haben die Vorbereitungskommission für die Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften sowie deren Arbeitsgruppen ihre Aufgabe erfüllt und werden aufgelöst. Da aber nunmehr Maßnahmen zur innerstaatlichen Durchführung der Abkommen vorzubereiten sein werden, ist im Interesse der Koordinierung der erforderlichen Arbeiten beabsich-

- 2 -

tigt, im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eine neue interministerielle Kommission einzusetzen.

Weiters wurde das "Proponentenkomitee zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Management-Institutionen" nach Ausarbeitung der Statuten der Arbeitsgemeinschaft und Abschluß anderer organisatorischer Vorarbeiten mit der Vereinsgründung aufgelöst.

Schließlich erschien es dem Konsumentenpolitischen Beirat auf Grund gewisser Parallelität der Aufgaben und Arbeitsweisen des Konsumentenschutz-Ausschusses und des Konsumentenpolitischen Ausschusses zweckmäßig, diese beiden Ausschüsse in einem neuen Rechtsausschuß zu vereinigen. Der Dienstleistungsausschuß, dessen Aufgabe die Ausarbeitung und Einführung des Kundendienstpasses war, hat seine Arbeiten abgeschlossen und damit ruht seine Tätigkeit bis sich allenfalls neue Arbeitsgebiete ergeben.

Der "Arbeitskreis Außenhandel" behandelte in mehreren Sitzungen die über Auftrag meines Ressorts vom Institut für Wirtschaftsforschung zunächst als Diskussionsgrundlage erarbeitete Untersuchung über die Bedeutung des Exportes für das Wachstum der österr. Wirtschaft. In der Sitzung des Arbeitskreises vom 23. 9. 1971 wurde eine Untergruppe mit der Überarbeitung der Studie beauftragt. Die Überarbeitung der Studie war im Juni dieses Jahres abgeschlossen. Die Studie mit dem Titel "Export als Wachstumsmotor" wurde hierauf den Mitgliedern des "Arbeitskreises Außenhandel" sowie allen interessierten Stellen übermittelt. Sollten weitere Ergänzungs- bzw. Abänderungswünsche vorgebracht werden, wird der Arbeitskreis zu einer weiteren Sitzung einberufen werden.

ad 2) "Zu welchen Ergebnissen führten die Arbeiten der von Ihnen damals eingeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte?"

Die Vorbereitungskommission für die Verhandlungen mit den Euro-

- 3 -

päischen Gemeinschaften sowie ihre Arbeitsgruppen lieferten jene Unterlagen und Entscheidungsgrundlagen, welche für die Führung der Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften erforderlich waren.

Die Arbeiten des unter oben 1.) angeführten Proponentenkomitees führten zur Gründung der "Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Management-Institutionen".

In den nachstehend angeführten Arbeitsgruppen und Kommissionen des Konsumentenpolitischen Beirates bereiteten die Interessenverbände durch ihre Vertreter in vorbildlicher Zusammenarbeit folgende Ergebnisse vor:

Der Wettbewerbs-Ausschuß beschäftigte sich neben Problemen der unlauteren Wettbewerbspraktiken mit den Buchclub- und Illustriertenvertriebsmethoden.

Dem Ausschuß gelang es 1972 weiters, in Zusammenarbeit mit Vertretern der Reisebüros neue allgemeine Reisebedingungen zu schaffen, die mit Winter 1972/73 die vertragliche Grundlage zwischen Reisebüros und Konsumenten bilden werden.

Die Ständige Kommission für Reisebürofragen, die dem Wettbewerbsausschuß angegliedert ist, stimmte dem Entwurf der neuen allgemeinen Reisebedingungen zu und begann bereits in der ersten Sitzung nach ihrer Konstituierung mit der Behandlung von Beschwerden von Konsumentenseite sowie von Anregungen der Reisebüros. Ebenso wurde in diesem Rahmen das Problem der Reisewerbung behandelt.

Der Deklarationsausschuß erarbeitete die Entwürfe für die Produktdeklaration-Fernsehgeräte, Produktdeklaration-Radiogeräte sowie Produktdeklaration-Kassettenrecorder. Die ihm angegliederte Arbeitsgruppe befaßte sich mit dem Entwurf zur Lebensmittelkennzeichnungsverordnung, der am 20. Juli d.J. fertiggestellt wurde. Die Arbeiten der Arbeitsgruppe Lebensmittelkennzeichnung, die eine Unmenge technischer und organisatorischer Kleinarbeit erforderten,

- 4 -

wurden in vorbildlichem Zusammenwirken aller Interessenten dynamisch in Angriff genommen und vollendet.

Der Ausschuß Wirtschaftswerbung setzte wirksame Maßnahmen gegen einige Fälle von unseriöser Werbung. Der Ausschuß beschäftigte sich ferner mit der Einschränkung der Tabakwerbung in Rundfunk und Fernsehen. In Zusammenwirken mit den Austria-Tabakwerken AG konnte die Einschränkung der Tabakwerbung ab Juli 1972 vereinbart werden. In diesem Zusammenhang wurden auch Vorschläge zur Selbstbeschränkung der Alkoholwerbung, die von Seiten der Weinwirtschaft unterbreitet wurden, vom Ausschuß diskutiert und angenommen.

Der Konsumentenschutz-Ausschuß beendete die im Vorjahr begonnene Arbeit an der Konsumentenfibel, deren Endfassung bzw. deren Entwurf zur Gestaltung vorliegt. Die Publikation der Fibel ist für Herbst 1972 vorgesehen.

Der Textilausschuß erarbeitete Vorschläge für einheitliche Grö-Benvorschriften und Bezeichnung von Textilien.

Der Dienstleistungsausschuß schloß seine Arbeiten am Kundendienstpass ab. Der hiezu ausgearbeitete Entwurf wurde realisiert.

Der interministerielle Beamtenausschuß für Investorenberatung ermöglichte eine enge und rasch funktionierende Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Investorenberatung durch persönliche Kontakte zwischen den zuständigen Beamten der einzelnen im Ausschuß vertretenen Ressorts bzw. der Österreichischen Nationalbank. Weiters wurde eine Reihe von Unterlagen zur praxisnahen und gezielten Information potentieller Investoren ausgearbeitet, und zwar auf dem Gebiete des Steuer-, des Devisen- sowie Arbeits- und Sozialrechtes. Die Erarbeitung zusätzlicher Unterlagen für ein Handbuch für Investorenberatung, das vor allem österreichischen Stellen, die mit der Information potentieller Investoren betraut sind, als Beratungsunterlage

- 5 -

dienen soll, ist im Gange. Eine zentrale Evidenz der Kopien der von den im Ausschuß vertretenen Stellen geführten Korrespondenz bietet einen umfassenden Überblick über das Geschehen auf dem Gebiete der Investoreninformation und ermöglicht Ansätze für eine Koordination der einschlägigen Tätigkeit.

Die Arbeiten des unter oben 1) angeführten "Arbeitskreises Außenhandel" führten zur Fertigstellung der vom Institut für Wirtschaftsforschung erstellten Studie "Export als Wachstumsmotor".

Aufgrund eines Beschlusses des Arbeitskreises "Bundesweite Finanzierungseinrichtung für die Industrie" wurde von meinem Ressort gemeinsam mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft eine Informationsbroschüre herausgegeben, in der erstmals die für die Wirtschaft wesentlichen Angaben über die einzelnen bundesweiten Finanzierungseinrichtungen für die Industrie und Gewerbe (unter Ausschluß des Fremdenverkehrs) zusammenfassend dargestellt werden. Diese Broschüre wurde allen interessierten Wirtschaftskreisen kostenlos zur Verfügung gestellt. Derzeit wird eine zweite Auflage dieser Informationsbroschüre vorbereitet.

Ein Unterausschuß der Arbeitsgruppe, dem die Koordinierung der Antragstellung bei Förderungs- und Finanzierungseinrichtungen für die gewerbliche Wirtschaft zur Aufgabe gestellt war, regte an, die Methodik zur Analyse der finanziellen Gebarung von kredit- bzw. garantierantragstellenden Unternehmungen zu vereinheitlichen und diese Vereinheitlichung durch Verwendung identischer Kennzahlen zu erreichen. Die Bilanz- und Ertragsanalyse, einschließlich eines Definationskataloges wichtiger Kennzahlen soll den Austausch der Informationen und die Bearbeitung von Kredit- und Garantieranträgen für die Finanzierungs- und Förderungseinrichtungen vereinfachen.

Der Definationskatalog wurde fertiggestellt und findet jetzt für das ERP-Verfahren, das EE-Fonds-Verfahren sowie für die Kreditbearbeitung der Österreichischen Kommunalkredit AG und der Österreichischen Investitionskredit AG Verwendung.

- 6 -

Weiters beauftragte die Arbeitsgruppe einen unter der Leitung eines Vertreters des ERP-Fonds stehenden Unterausschuß mit der Erarbeitung eines Einheitsformulars, das in den Sonderfinanzierungseinrichtungen als "Allgemeiner Teil" des Antragsformulars Verwendung finden soll. Dieses Einheitsformular soll bereits bei der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe im Herbst dieses Jahres vorliegen.

Derzeit liegt dem Arbeitskreis eine Studie über Möglichkeiten zur Erhöhung der Effizienz der Förderungsmaßnahmen für die Industrie durch Gewährung von Krediten und Haftungen vor. Die Schlußfolgerungen dieser Studie werden bei der nächsten Sitzung im Herbst laufenden Jahres eingehend besprochen werden.

Weiters befaßt sich der Arbeitskreis mit Vorschlägen in Richtung einer Intensivierung der Informations- und Schulungstätigkeit der Kreditinstitute.

- 7 -

ad 3) "Welche Verwertung erfuhren die Arbeitsergebnisse der von Ihnen angeführten Projektgruppen, Kommissionen und Beiräte

a) Im Hinblick auf ihre Gesetzesarbeit?

b) Im Hinblick auf ihre Budgetgestaltung 1972 - 1973 ?"

Auf Grundlage der von der Vorbereitungskommission gelieferten Unterlagen und Entscheidungsgrundlagen wurden die Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften, die schließlich zum Abschluß der eingangs zitierten Abkommen führten, durchgeführt. Eine Auswirkung auf die Gesetzesarbeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie ergibt sich insoferne, als die mit den Europäischen Gemeinschaften abgeschlossenen Verträge der innerstaatlichen Durchführung bedürfen.

Die erforderlichen Gesetze werden entweder unter Mitwirkung meines Ressorts (Änderung des Zolltarifgesetzes, Änderung der Abschöpfungsregelungen ect.) oder unter dessen Federführung (Einführung des EGKS-Preissystems in Österreich) ausgearbeitet werden.

Die Arbeitsergebnisse des Proponentenkomitees zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Management-Institutionen fanden keinen Niederschlag in der Gesetzesarbeit meines Ressorts; auch Auswirkungen auf die Budgetgestaltung 1972 - 1973 sind nicht gegeben.

Eine Verwertung der Arbeitsergebnisse des interministeriellen Beamtenausschusses für Investorenberatung im Hinblick auf Gesetzesarbeit und Budgetgestaltung erfolgte nicht.

Die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppen und Kommissionen des Konsumentenpolitischen Beirates erfuhren im Hinblick auf die Gesetzesarbeit des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie nachstehende Verwertung.

BGBL.Nr. 74/71.....Novelle zum UWG

BGBL.Nr. 75/71.....Novelle zum Zugabengesetz

BGBL.Nr. 76/71.....Bundesgesetz betreffend den Verkehr von Schmutzmittel, Fußbodenpasta und flüssigem Metallputzmittel.

- 8 -

EGB1.Nr. 303/71..... Verordnung über den Verkehr
mit verpackten chemischen Kon-
sumgütern

BGB1.Nr. 309/71..... Schokoladegewichtsverordnung

Produktdeklaration: Fernsehgeräte

Produktdeklaration: Radiogeräte

Produktdeklaration: Tonbandgeräte

Eine Verwertung der Arbeitsergebnisse der Arbeitskreise "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für die Industrie" und "Außenhandel" im Hinblick auf Gesetzesarbeit und Budgetgestaltung erfolgte nicht.

Im übrigen darf auf die Beantwortung der Frage Nr. 7 verwiesen werden.

- 9 -

ad 4.) "Welche Beiräte, Projektgruppen, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstige Arbeitsgruppen bestehen in oder bei Ihrem Ministerium oder wurden seit der letzten Anfragebeantwortung errichtet, an denen auch Experten, Wissenschaftler oder sonstige Personen von außerhalb Ihres Ressorts mitarbeiten?"

An nachstehend angeführten Beiräten, Arbeitskreisen, Ausschüssen etc. arbeiten Experten, Wissenschaftler oder sonstige Personen von außerhalb meines Ressorts mit:

Konsumentenpolitischer Beirat und dessen Ausschüsse;

Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Management-Institutionen;

Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik;

Arbeitskreis Außenhandel;

Arbeitskreis "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für die Industrie";

Kraftfahrbeirat;

Außenhandelsbeirat;

Antidumpingbeirat;

Arbeitsgruppe zur innerösterreichischen Lösung der Probleme landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse;

Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildungen;

Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs;

Beratungsgruppe "Fremdenverkehrsstatistik";

Arbeitsgruppe "Patentförderung";

Arbeitsgruppe "Innovationsförderung";

Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz;

Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz;

Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung;

ad 5.) "Mit welchen Aufgaben sind diese Beiräte usw. betraut?"

- 10 -

Bezüglich der Aufgaben nachstehender Beiräte usw. darf auf die parlamentarische Anfragebeantwortung vom 16. August 71, Zl. 16.831-Präs.A/71, verwiesen werden:

Konsumentenpolitischer Beirat und dessen Ausschüsse;
Interministerieller Beamtenausschuß für Investitorenberatung;
Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik;
Arbeitskreis Außenhandel;
Arbeitskreis zur Koordinierung der Industriepolitik
(Arbeitskreis "Bundesweite Finanzierungseinrichtung für die Industrie");

Dem "Außenhandelsbeirat" sind gemäß § 14 Abs. 1 des Außenhandelsgesetzes 1968 alle grundsätzlichen Angelegenheiten des Warenverkehrs mit dem Zollaussland und alle bewilligungspflichtigen Einfuhrgeschäfte mit einem Warenwert über Schilling 200.000,-- zur Begutachtung vorzulegen. In die grundsätzlichen Angelegenheiten des Warenverkehrs ist insbesondere die Begutachtung von Verordnungen nach dem Außenhandelsgesetz einzuordnen.

Der "Antidumpingbeirat" auf Grund der §§ 31 ff des Antidumpinggesetzes 1971 hat die Aufgabe, die zur Durchführung des Antidumpinggesetzes in Aussicht genommenen Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung von Antidumping- und Ausgleichszöllen, zu begutachten.

Der auf § 130 Kraftfahrgesetzes 1967 beruhende Kraftfahrbeirat ist zur Sachverständigenberatung in Kraftfahrangelegenheiten und insbesondere zur Begutachtung der Entwürfe von Gesetzen und Verordnungen, die das Kraftfahrwesen betreffen, bestellt.

- 11 -

Der Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Management-Institutionen kommen nachstehende Hauptaufgaben zu:

Förderung der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitglieds-Institutionen;
Förderung der Aus- und Weiterbildung von Referenten und Seminarleitern;
Koordinierung des Einsatzes von Referenten bei den einzelnen Institutionen;
Information über angebotene Veranstaltungen;
Öffentlichkeitsarbeit;
Herausgabe von Jahresberichten über den Stand der Ausbildungen in Österreich.

Der neben der Arbeitsgemeinschaft bestehende "Gesprächskreis Management-Development" stellt eine Plattform für die Arbeitsgemeinschaft zur Ideenfindung, Problemlösung und rationellen Marktforschung dar und hat nur informellen Charakter.

Der Arbeitskreis landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse hatte insbesondere zur Aufgabe, einen innerösterreichischen Akkord im Problembereich landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse im Lichte der österreichischen EWG-Bestrebungen zu erzielen. Darüber hinaus hat sich die Arbeitsgruppe laufend mit der Lösung der Probleme landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse zu befassen.

Aufgabe der Zentralen Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung ist es, auf der Basis des dualen Systems der Lehrlingsausbildung und unter grundsätzlicher Anerkennung und Wahrung dieses Ausbildungssystems Vorschläge für eine weitere Verbesserung der betrieblichen Ausbildung der Lehrlinge zu erstatte, wobei der Notwendigkeit einer zweckentsprechenden Berufsforschung besonderes Augenmerk zuzuwenden ist.

- 12 -

Das Kuratorium des Österreichischen Fremdenverkehrs hat die Aufgabe, Probleme fremdenverkehrspolitischer Natur gemeinsam zu besprechen und zu lösen bzw. an die zuständigen Stellen heranzutragen. Weiters sollen fremdenverkehrspolitische Empfehlungen und insbesondere Zielvorstellungen erarbeitet werden.

Der Beratungsgruppe "Fremdenverkehrsstatistik" kam es zu, die mit der Einführung der Fremdenverkehrsstatistik und Verordnung vom 29. Juni 1971 bestehenden Sachfragen neuerlich zu überprüfen. Insbesondere sollten die Möglichkeiten einer Koordinierung mit den Bestimmungen des Meldegesetzentwurfes des Bundesministeriums für Inneres geprüft werden.

Aufgabe des Arbeitskreises "Innovationsförderung" war es, die in der letzten Zeit von verschiedenster Seite an das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie herangetragenen oder in meinem Ressort erarbeiteten Vorstellungen über eine Verbesserung der Förderung der Erfinder, der Patentanmeldungen und der Patentverwertung zu prüfen. Das Ergebnis fand im wesentlichen seinen Niederschlag in der österreichischen Forschungskonzeption, an deren Ausarbeitung auch mein Ressort Anteil hatte.

Der Arbeitskreis "Patentförderung" erhielt die Aufgabe, sich des besonders aktuellen Problems der Förderung von Patentanmeldungen und der Patentverwertung anzunehmen und ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten.

Der Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz stellt ein Forum dar, in dem Anliegen insbesondere der österreichischen Wirtschaft auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes an das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie herangetragen werden können; des weiteren dient der Beirat der Abstimmung von Interessen, z.B. Vorbereitung internationaler Konferenzen, der Information über die Tätigkeit des Ressorts und über internationale Entwicklungen sowie der Beratung des Ressortschefs.

- 13 -

In diesem Sinne befaßt sich der Beirat mit einzelnen Spezialproblemen, so zum Beispiel mit der Möglichkeit der Auskunftserteilung über den Stand der Technik durch das Patentamt. Auf Grund eingehender Beratungen des Beirates wurde vom Österreichischen Patentamt ein Konzept betreffend Auskunftserteilung über den neuesten Stand der Technik erarbeitet und eine bezügliche Novelle zum Patentgesetz ausgearbeitet, welche nun der Begutachtung zugeleitet wird. Mit dieser in Aussicht genommenen Serviceleistung des Österreichischen Patentamtes wird die österreichische Wirtschaft in die Lage versetzt, sich über die letzten technischen Entwicklungen auf einem bestimmten Gebiet zu informieren und sich unter anderem kostspielige Forschungs- und Entwicklungsarbeit zu ersparen.

Schließlich befaßt sich der Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz mit erforderlichen Neuordnungen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes und den damit verbundenen legislativen Maßnahmen. Auf Grund der Arbeiten des Beirates wird von meinem Ressort derzeit an einer Novelle zum Marken-gesetz gearbeitet.

Der Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz wurde durch dieses Gesetz geschaffen (PGBL453/69) und hat die im Gesetz angeführten Aufgaben.

Der Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung dient - gemäß einem Ministerratsbeschluß aus dem Jahre 1962 - zur Beratung des für die wirtschaftliche Landesverteidigung federführenden zuständigen Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie; die Aufgabe besteht darin, dem Bundesminister hinsichtlich jener Vorsorgen zu beraten, die in einem Krisenfälle, in einem Neutralitäts-fälle oder im Verteidigungsfall zur Gewährleistung der

- 14 -

Sicherstellung der Versorgung der österreichischen Bevölkerung notwendig sind.

Der Arbeitsausschuß ist in sieben Arbeitsgruppen untergliedert, die sich mit folgenden spezifischen Fragen befassen:

- + Gewerbliche Wirtschaft, einschließlich Energie und Bevorratung
- + Ernährungswirtschaft
- + Bauwirtschaft
- + Verteilungsorganisation
- + Sozialfragen
- + Finanz- u. Währungsfragen
- + Straßenverkehr

- 15 -

ad 6.) "Welches Timing wurde diesen Gruppen hinsichtlich ihres Arbeitsablaufes vorgegeben bzw. welches Timing haben sich diese Gruppen selbst gesetzt?"

Der Konsumentenpolitische Beirat, seine Ausschüsse und deren Arbeitsgruppen waren bei allen Projekten bestrebt, diese zum ehestmöglichen Zeitpunkt zu erledigen. Die bisherige Praxis des Beirates und der Arbeitsgruppenausschüsse hat gezeigt, daß diese Arbeitsmethode es ermöglicht, auch größere Projekte schnell und zügig zu erledigen. So beweisen die in diesem Jahr fertiggestellten Projekte den dynamischen und zielstrebigsten Arbeitsstil der Arbeitsgruppen des Beirates (siehe auch Anfragebeantwortung zu Frage 2).

Während der in meinem Ressort etablierte "Gesprächskreis Management-Development" regelmäßig zweimal jährlich zusammentritt, hängt das Timing der Arbeitsgemeinschaft, welche als Dauereinrichtung gedacht ist und eigene Rechtspersönlichkeit besitzt, vom Arbeitsanfall ab.

- 16 -

Der "Arbeitskreis Außenhandel" hat mit Fertigstellung der Studie "Export als Wachstumsmotor" seine Tätigkeit grundsätzlich abgeschlossen. Sollten zu der zur Versendung gebrachten Studie jedoch noch Ergänzungs- bzw. Abänderungsvorschläge einlangen, so wird der Arbeitskreis allenfalls zu einer weiteren Sitzung zusammentreten.

Die Arbeitsgruppe des Arbeitskreises "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für die Industrie" wird im Herbst dieses Jahres anlässlich der Vorlage des unter oben 2) angeführten Einheitsformulars für die Sonderfinanzierungseinrichtungen zusammentreten. Das weitere Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe und des Arbeitskreises wird bei dieser Sitzung festgelegt werden.

Das Timing des "Kraftfahrbeirates" des Beirates nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz sowie des "Antidumpingbeirates" ergibt sich aus den jeweils im Rahmen des Kraftfahrzeuggesetzes bzw. des Antidumpinggesetzes vorgesehenen Aufgaben bzw. Maßnahmen. Der "Außenhandelsbeirat" kommt seinen gesetzlich festgelegten Aufgaben in wöchentlichen Sitzungen nach.

Das Timing der Arbeitsgruppe zur Lösung der Probleme landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse ergab sich bisher aus den jeweiligen Fortschritten der EWG-Verhandlungen. Die Arbeitsgruppe wird künftig unter Bedachtnahme der anfallenden Probleme zusammentreten.

- 17 -

Die Zentrale Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildungen wird die Beratungen bezüglich der unter oben 5) angeführten Aufgaben im Jahre 1973 fortsetzen.

Das Kuratorium des österreichischen Fremdenverkehrs stellt eine lose Arbeitsgemeinschaft dar und wird je nach Bedarf zu Sitzungen einberufen.

Die Arbeiten der Beratungsgruppe "Fremdenverkehrsstatistik" wurden zufolge der unter oben 5) angeführten Aufgabenstellung mit dem Abschluß der Arbeiten an der Erstellung des Meldegesetzentwurfes beendet.

Die Arbeitsgruppe "Patentförderung" hat - wie noch näher auszuführen sein wird - ein Konzept betreffend Förderung der Patentanmeldung und der Patentverwertung ausgearbeitet.

Ein weiteres Zusammentreten der Arbeitsgruppe "Innovationsförderung" erscheint im Augenblick nicht nötig.

Der Beirat für den Gewerblichen Rechtsschutz ist als Dauer-einrichtung gedacht; die Sitzungstermine hängen u.a. vom Termin internationaler Konferenzen auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes ab.

- 18 -

Es ist beabsichtigt, noch im heurigen Jahr den
Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik
zu einer weiteren Sitzung einzuberufen.

- 19 -

ad 7.) "Welcher Budgetrahmen steht diesen Gruppen für ihre Arbeit zur Verfügung bzw. mit welcher Kostenhöhe wurden sie veranschlagt?"

Für die Arbeitsgemeinschaft österreichischer Management-Institutionen standen im Jahre 1972 zur finanziellen Unterstützung S 500 000,-- aus Förderungskrediten meines Ressorts bereit; hievon wurden bisher S 80 000,-- vergeben.

Für die Arbeiten aller übrigen Gruppen sind Budgetmittel nicht besonders festgehalten.

ad 8.) "Wie lauten die Namen jener Personen, die im Rahmen einer/der angeführten Projektgruppen, Beiräte, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüsse und sonstigen Arbeitsgruppen mitarbeiten oder seit Jänner 1971 mitgearbeitet haben, ohne Beamte Ihres Ressorts zu sein?"

Konsumentenpolitischer Beirat und dessen Ausschüsse:

Dipl.Ing.Ingobert Altmann	Dr.Klaus Smolka
Dr.Otto Auracher	Dr.Gerhard Karsch
Präs.Labg.Kom.RatDr. Erich Ebert	Sekr.Rudolf Gamperling
Inge Görner	MR Gerhard Paral
Rosemarie Hessenberger	Dr.Ernst Massauer
Dr.Eva Preiss	Dr.Stefan Kloss
Dr.Edmund Reichard	Hofrat Direktor Dozent
Ing.Alfred Satran	DDr.Friedrich Petuely
Red.Alois Seebacher	Kom.Dr.Wolfgang Hauser
Maria Szecsi	Dr.Alfred Psota

- 20 -

Dipl.Ing.Wilhelm Lilge
Dr.Werner Schindl
Dr.Gertrude Wagner
Dr.Otto Zöllner
Dr.Rudolf Christian
Robert Bauer
Dr.Ladislaus Blaschek
Dr.Stefan Dolinay
Dipl.Ing.Alphons Donko
Arch.Dipl.Ing.Kurt Jirasko
LWR.Dipl.Ing.Richard Kaiser
Dr.Thomas Lachs
Dr.Erich Linke
Dr.Karl Mayerhofer
Dr.Robert Wessely
Univ.Prof.Dr.Fritz Schönherr
Ing.Ludwig Breit
Horst Cermak
Dir.ObLdwR.Dipl.Ing.Franz Geiger
Dr.Hella Hanzlik
Dr.Norbert Kraus
Ing.Karl Litschka
Dr.Heinz Raschka
Hilde Seiler
Henriette Schöchtner
Dipl.Ing.Hannes Spitalsky
KomRat Franz Xandner
Prok. Herbert Reimitz
Alfred Dobner
Dir.Dr.Franz Lettner
Dr.Gottfried Holzer
Abg.z.NRDr.Marga Hubinek
Dr.Hans Magrutsch
Dr.Erich Schmidt
Dr.Erika Seda

Dr.Herbert Gutwald
Dr.Johann Farnleitner
Dr.Klaus Hecke
Dr.Günter Lukas
Dr.Hans Zikeli
Dkfm.Hans Prögelhöf
Dr.Otto Obendorfer
Gen.Sekr.Dr.Otto Trautmann
Dr.Oskar Hueber
Hofrat Walter Bochsansky
Kom.Rat Walter Figdor
Dr.Franz Trabauer
Dr.Friedrich Praschinger
Dr.Paul Schimka
Dr.Karl Dexinger
Dr.Alexander Pfann
Dkfm.Johann Hauf
Dr.Wolfgang Cermak
Othmar Lucensky
Kom.Rat Karl Basch
Dr.Werner Dünser
Dr.Helmut Haller
Ing.Helga Moser
Dr.Oskar Rick
Richard Schnabl
Prok.Ing.Erich P.Frieser
Komm.Rat Alfred Weiß
Gen.Dir.Dkfm. Karl Kral
BR Dr. Anna Demuth
Dr. Emanuel Guber
DDr. Hans Hetl
Univ.Prof.Dr. Herbert Mittag
Univ.Prof.Dr. Karl Skowronnek
Robert Marco
Dr.Friedrich Swoboda

- 21 -

KomRat Dir. Kurt Smolka	Dkfm. Edith Zimmermann
Dr. Peter Kapral	Dr. Peter Ruth
Dr. Herbert Lang	Dr. Helmut Ivo
Heinrich Stahl	Gerlinde Ivo
Christine Bauer-Engel	Min. Rat DDr. Lingens
Eckehard Böving	
Dr. Heinrich Calice	
Dr. Alfred Catharin	
Lim. Julian Griebel	
Hedi Jammervoll	
Ernst Krebs	
Herbert Olchowsky	
Bundesinnungsmeister	
Josef Schärfl	
Erna Scheidl	
Ing. Gerlinde Schreiner	
Komm. Rat Franz Tost	

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Österr. Management-Institutionen

Obmann:	Direktor Dr. Herbert SALZBRUNN (WIFI der Bundeswirtschaftskammer)
Stellvertreter:	Dr. Bernd INGRISCH (Berufsförderungsinstitut)
Schriftführer:	Dkfm. Karl LEITNER (Institut für moderne Industrieführung der Industriellenvereinigung)
Kassier:	Ing. Hermann REISCHITZ (ÖPZ)
Vertreter d. Hochschulen:	o. Prof. Ernest KULHAVY (Hochschule Linz)
Rechnungsprüfer:	Min. Rat Dr. Rupert ZIMMERMANN (ÖIAG) und Dr. Wilfried Mündel (ÖAKT.).

- 22 -

Kraftfahrbeirat

Dipl. Ing. Erich L a t a l
Kommerzialrat Karl Z i z a l a
Direktor Josef L ö w
Österr. Automobilfabrik - ÖAF, Gräf & Stift AG.,
Kommerzialrat Anton R o t t e n s t e i n e r
Kommerzialrat Dr. h.c. Hans E h g a r t n e r
Dr. Hans H a j e k
Anglo-Elementar Vers.AG.,
Kommerzialrat Georg L o h b e r g e r
Kommerzialrat Friedrich P e r k a
Kammerrat Karl R a m l
Friedrich G r o n e m a n n
Walter D a r m s t ä d t e r
Sekretär der Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr
Alois S t i d l
Direktor Otto S p r i n g e r
Oberamtsrat Ing. Alois O b e r t l i k
Kommerzialrat Carl R a i n e r
Robert F r e i t a g
M.Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten
Dr. Friedrich C h o r i n s k y
Mobil-Oil- Austria AG.,
Kommerzialrat Heinrich M e n a r d i
Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Tirol
Dipl.Kfm. Erich S c h a l l e r
Bundswirtschaftskammer
Dipl. Ing. Franz G e i g e r
Dr. Ernst M a s s a u e r
Othmar L u c z e n s k y
Leitender Sekretär der Arbeiterkammer Wien
Dr. Erich S c h m i d t
Sekretär des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
Ing. Helmut S t e n z e l
Dipl. Ing. Heinz R i t t e r
Dr. Rolf E. V e i t

- 23 -

Ing. Hans H o b l
Dr. Ludwig L o d r o n
Peter M a n h a r d t

Der Zentralen Arbeitsgruppe für die Beratung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lehrlingsausbildung gehören außer Beamten meines Ressorts als Mitglieder folgende Personen an:

DKons. Dr. Hans H ä u s l e r - A n g e l i
(Bundeswirtschaftskammer)

Dr. Martin M e c h e s
(Bundeswirtschaftskammer)

Dr. Georg P i s k a t y
(Bundeswirtschaftskammer - WIFI)

Sekretär Dr. Friedrich N e u w i r t h
(Österr. Arbeiterkammertag)

Sekretär Franz M r k v i c k a
(Österreichischer Gewerkschaftsbund)

Sekretär Josef R a t h
(Gewerkschaft der Metall- u. Bergarbeiter)

Prof. Dipl.-Ing. Werner J o h n
(Bundesministerium für Unterricht und Kunst)

Min.Rat Dipl.-Ing. Friedrich P a n y
(Bundesministerium für Unterricht und Kunst)

Min.Rat Mag.phil. Josef R a d l e g g e r
(Bundesministerium für Unterricht und Kunst)

- 24 -

Beratungsgruppe "Fremdenverkehrsstatistik"

Österreichischer Gemeindebund

Österreichischer Städtebund

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
Bundessektion Fremdenverkehr

Österreichische Hotelierversammlung

Bürgermeister
Karl G l a s

LAbg. Komm.Rat Alfons M o s e r

w. Hofrat Dr. Josef S c h m i d l

Österreichisches Statistisches
Zentralamt

Bürgermeister Alfred S c h ö g g l

Franz T h e n n e r
Österreichischer StädtebundStadtamtsdirektor
Sidonius K y s e l y

Hans F i n n e r

Walter F r e n e s

Dkfm. Dr. Josef Z i e p l

Fachverbandssekretär
Dr. Gothard T a u z h e rBundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
Fachverband der BeherbergungsbetriebeDkfm. Eva T r ä x l e r
Österreichische HotelierversammlungMinisterialrat
Dr. Karl C z e p p a n
Bundesministerium für InneresMinisterialsekretär
Dr. Ingrid P e t r i k
Bundesministerium für Inneres

- 25 -

Sektionsgeschäftsführer
Direktor Theodor J a n z e r
Kammer der gewerblichen Wirtschaft
für Salzburg

Kommerzialrat
Fritz S e m m e l r o c k - W e r z e r

Verw.-Oberkommissär
Peter K u r n i k
Magistrat der Stadt Klagenfurt

Kuratorium des österr. Fremdenverkehrs

Vertreter der Bundesländer (Arbeitsgemeinschaft der Bundesländer):

Hofrat Dr. G a i s b a c h e r
Hofrat Dr. M a n s b a r t
Hofrat Dr. M a n z a n o

Arbeitsgemeinschaft der Verbände der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft:

Bundessektionsobmann
Kom.-Rat L i ß b a u e r
Zentraldirektor
Kom.-Rat M i l l w i s c h
Syndikus Dr. Z e d e k

Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes:

für den österreichischen Gemeindebund:
Generalsekretär Hofrat Dr. H a m m e r
für den Österreichischen Städtebund:
der Obmann des Fremdenverkehrsausschusses
Bürgermeister Prof. W a l l n e r

Am Kuratorium nehmen außerdem teil:

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft:
Kommerzialrat S c h e i n e r

- 26 -

Österreichischer Arbeiterkammertag
Kammeramtsdirektor Dr. R A I N E R

Präsidentenkonferenz der Landwirtschafts-
kammern Österreichs:
Dipl.Ing. W I C H A

Österreichischer Gewerkschaftsbund
Obmann S A I L E R

Arbeitsgruppe "Innovationsförderung"

Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung
Dr. Ernst Z A R U B A

Bundesministerium für Finanzen
Min.Rat Dr. Otto K O T Z A U R E K

Bundeskammer der
gewerblichen Wirtschaft
Dr. Klaus H E C K E

Bundeskammer der
gewerblichen Wirtschaft
Dr. Elisabeth L A N G E R

Österr. Arbeiterkammertag
DKfm. Ferdinand L A C I N A

Vereinigung Österr. Industrieller
DKfm. Dr. Manfred P H I L I P P

Arbeitskreis "Außenhandel"

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten
Gesandter Dr. Robert M A R T I N S

Bundesministerium für Finanzen
SR Erich S T A R I N G E R

Bundesministerium für Finanzen
MR Dr. Franz M A N H A R T

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
MR Dr. Erich U H L

- 27 -

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
MR Dipl.Ing. Dr. Franz K O B S A

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
MR Dipl.Ing. Hans R E I S C H

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
Dr. Friedrich G L E I B N E R

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
Wissenschaftl.Abtteilung
Dr. Meinhard S U P P E R

Vereinigung Österr. Industrieller
Dr. Otto H A R T I G

Kammer für Arbeiter u. Angestellte für Wien
Dr. Otto Z Ö L L N E R

Kammer für Arbeiter u. Angestellte für Wien
Dr. Eduard M A R Z

Österr. Gewerkschaftsbund
Dr. Thomas L A C H S

Österr. Nationalbank
Insp. DVw. Dr. Otto H O L E T S C H E K

Österr. Nationalbank
DKfm. Heribert B R I C H T A

Präsidentenkonferenz der Land-
wirtschaftskammern Österreichs
Dipl.Ing. Dr. Walter K U T S C H E R A

Österr. Kontrollbank
Dir.Dr. Helmut H A S C H E K

Österr. Statistische Zentralamt
Oberrat Dr. Josef S C H M I D L

Vereinigung Österr. Industrieller
Dr. Maria M A G N E T

- 28 -

Österr. Nationalbank
Gen. Dir. Dr. H.K L O S S

Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
DKfm. Rudolf K A R A L L

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
Sektionschef Dr. Erich P U L T A R

Institut für Wirtschaftsforschung
Prof. DKfm. Hans S E I D L

Der "Außenhandelsbeirat" setzt sich gemäß § 15 Absatz 1 des Außenhandelsgesetzes 1968 aus zwei Vertretern des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie und je einem Vertreter der Bundesministerien für Auswärtige Angelegenheiten, für Soziale Verwaltung, für Finanzen und für Land- und Forstwirtschaft sowie je einem Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, des Österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, einem Vertreter der Bundesländer, der von diesen turnusweise entsendet wird, und einem Vertreter der Österreichischen Nationalbank zusammen.

Dem "Antidumpingbeirat" gehören gemäß § 32 des Antidumpinggesetzes zwei Vertreter des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie und je ein Vertreter des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sowie je ein Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, des Österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes an.

Der Arbeitsgruppe zur Lösung der Probleme landwirtschaftlicher Verarbeitungserzeugnisse gehören Vertreter der Bundeswirtschaftskammer, des Österreichischen Arbeiterkammertages, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern sowie des Österreichischen Gewerkschaftsbundes an.

- 29 -

Arbeitskreis "Bundesweite Finanzierungseinrichtungen für die Industrie"

DKfm. Günter K A H L E R
Forschungsförderungsfonds der gewerbl. Wirtschaft

Dir.Dr. Peter S C H R A M K E
Österr. Kommunalkredit AG

Dr. Harald L A N G
Österr. Investitionskredit AG

Dr. Endree I V A N K A
Bundeskammer der gewerbl. Wirtschaft
Sektion Industrie

SR.Dr. Erich S T A R I N G E R
Bundesministerium für Finanzen

MR Dr. Franz L E N E R T
Bundesministerium für soziale Verwaltung

Dr. Horst B E D N A R
Bundesministerium für soziale Verwaltung

Dr. Helmut D O R N
Bundeskammer der gewerbl. Wirtschaft
Finanzpolitische Abteilung

Dr. Kurt B R U N O L D
Bundessektion Geldkredit und Versicherungswesen

Dir.Dr. Helmut H A S C H E K
Österr. Kontrollbank AG

DKfm. Dr. Jörg S C H R A M
EE-Fonds

Dr. Peter K A P R A L
Vereinigung Österreichischer Industrieller

MR Dr. Franz M Ü L N E R
Bundeskanzleramt - ERP-Fonds

MK DDr. Gottfried Z W E R E N Z
Bundeskanzleramt - Sektion V

- 30 -

Dr. Klaus G O S C H L E R
Hauptverband der Österr. Sparkassen

Bürgschaftsfonds der
Kleingewerbekreditaktion
d. Bundesministeriums für Handel,
Gewerbe und Industrie, Ges.m.b.H.

Der Arbeitsgruppe "Patentförderung" gehören neben Vertretern
meines Ressorts folgende Personen an:

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft: Dr. Reiger
Dr. Winkler
Dr. Langer
Dr. Micheler
Dr. Hecke

Industriellenvereinigung: Dr. Kapral

Beirat für den gewerblichen Rechtsschutz:

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
Dr. Rudolf C H R I S T I A N und
Dr. Gerhard K A R S C H

Österr. Arbeiterkammertag
Dr. Otto A U R A C H E R

Vereinigung Österr. Industrieller
Dr. Otto H A R T I G

Präsidentenkonferenz der
Landwirtschaftskammern Österreichs

Österr. Gewerkschaftsbund
Dr. Erich S C H M I D T

Österr. Patentanwaltskammer
Präsident Dipl.Ing. Otto P U L I T Z E R

Österr. Vereinigung für Gewerbl.Rechtsschutz u. Urheberrecht
Präsident Dipl.Ing. Walter H A M B U R G E R

Dipl.Ing. Dr. Hans B A R N S T E D T
Ring der Angestellten im gewerblichen Rechtsschutz

- 31 -

Beirat nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz:

Herbert JANAK	Arbeiterkammertag
Dipl.Kfm. Ferdinand LACINA	"
Komm.Rat Hans KULHANEK	Bundeswirtschaftskammer
Komm.Rat Ferdinand MAYR	"
Dr. Gustav ZEDEK	"
Kurt MÜHLBACHER	"
Dr. Helmut DORN	"

Arbeitsausschuß für wirtschaftliche Landesverteidigung

Bundeskanzleramt, Sektion IV,
verstaatlichte Unternehmungen

Bundesministerium für Bauten und Technik,
MR Dipl.Ing. Golliasch

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten,
Gesandter Dr.Karl Fischer

Bundesministerium für Inneres,
SChef Dr.Peterlunger, Gen.Dir.f.d.öffentl.Sicherheit

Bundesministerium für Soziale Verwaltung,
MR Dr. Kamenitschek

Bundesministerium für Finanzen,
Min.Sekr.Ernst Kinast

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Min.Rat Dr. Priewasser

Bundesministerium für Verkehr,
Min.Rat Dr. Erich Polacek

Amt der Wiener Landesregierung,
amtsführender Stadtrat Dr.Hannes Krasser

Amt der N.Ö.Landesregierung,
ORR.Dr.Johann Neumayer

- 32 -

Amt der O.Ö.Landesregierung,
HR.Dr.Baumgartner

Amt der Salzburger Landesregierung,
H.v.HR.Dipl.Ing. Dr. Jonak

Amt der Steiermärkischen Landesregierung,
ORR.Dr.Helmut Kreuzwirth

Kammer d. gewerbl. Wirtschaft für Steiermark,
Dr. Nikolaus Kotzbeck

Amt der Kärntner Landesregierung,
LORR.Franz Strafner

Amt der Tiroler Landesregierung,
HR.Dr. Psenner

Amt der Vorarlberger Landesregierung,
H.LRR.Dr.Anton Sutterlüty

Amt der Burgenländischen Landesregierung,
LORR.Dr.Adalbert Vukovits

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft,
Dr. Zajicek

Österr. Arbeiterkammertag,
Sekr. Luczensky

Präsidentenkonferenz d. Landwirtschaftskammern Österreichs
Dr. Wejwoda

Arbeitskreis für wirtschaftliche Umweltpolitik

Prof.Dr.Johann SCHEDLING
Institut für med. Physik der Universität Wien

Dr. HAVLOVIC
Bundesministerium für Soziale Verwaltung

- 33 -

Dr. KAPRAL

Vereinigung Österreichischer Industrieller

DKfm. LACINA

Österreichischer Arbeiterkammertag

Dr. STEINHÖFLER

Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft

Dr. WINKLER

Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft

Dr. KNOLL

Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft

ad 9.) "Wie hoch ist die Entschädigung bzw. Entlohnung, die diese Personen für ihre Mitarbeit beziehen oder bezogen haben; namentlich aufgeschlüsselt?"

Die in den oben angeführten Beiräten, Kommissionen, Projektgruppen etc. mitarbeitenden Personen erhalten für ihre Tätigkeit vom h.o. Ressort weder eine Entschädigung noch eine Entlohnung.

ad 10.) "Welche Enqueten wurden oder werden 1971 und 1972 von Ihnen abgehalten?"

Im Mai 1971 fand eine Enquete über die Anwendung einer vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ausgearbeiteten "Empfehlung für die Lagerung von Heizöl extra leicht in Haushalten" statt.

Des weiteren fanden am 26. Mai und 18. Juni 1971 Enqueten betreffend Novellierung des Berggesetzes 1954 statt.

Das neue Bergbauförderungsgesetz, das nach Auslaufen des bestehenden Bergbauförderungsgesetzes 1968 mit 31. Dezember 1972 an dessen Stelle treten soll, war Gegenstand der Erörterungen

einer Enquete mit den Interessenvertretungen am 2. Juni 1972.

Am 2. April 1971 wurde das II. Konsumentenforum, am 27. Mai 1972 eine Werbeenquete, am 17. Februar 1972 das III. Konsumentenforum und am 29. Juni 1972 eine Enquete "Möbel" abgehalten.

Mit Problemen des österreichischen Fremdenverkehrs befaßte sich der österreichische Fremdenverkehrstag am 5. und 6. Juni 1972.

Am 18. Mai 1972 wurde die Enquete "Industriehafen- Projekt Enns" abgehalten.

Am 14. 10. 1971 wurde bei einer Enquete eine von meinem Ressort in Zusammenarbeit mit zwei führenden Experten ausgearbeitete Diskussionsgrundlage betreffend regionale Industriepolitik vorgelegt. Schließlich fand im Frühjahr 1972 eine Enquete betreffend "Patentförderung" statt.

ad 11) "Zu welchen Ergebnissen führten sie und wo fanden die Ergebnisse ihren Niederschlag, bzw. wie werden diese Ergebnisse weiter behandelt?"

Die "Empfehlung für die Lagerung von Heizöl extra leicht in Haushalten" zielte darauf ab, für die Heizöllagerung in Haushalten gewisse erleichternde Lagerbestimmungen festzulegen, also eine Aussage darüber zu treffen, für welche Höchstlagermengen unter bestimmten Voraussetzungen von der Errichtung eines Lagerraumes im Sinne der Ministerialverordnung vom 7.2.1930 abgesehen werden kann.

Die oben angeführte Empfehlung wurde von der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der niederösterreichischen Landesregierung den Ämtern der Landesregierungen zum Gebrauch zugeleitet.

Bei der Enquete betreffend Novellierung des Berggesetzes 1954 zeigte es sich, daß es zielführender ist, nicht eine Novelle, sondern überhaupt ein neues Berggesetz in Erwägung zu ziehen. Hierüber wurde der Nationalrat in der Fragestunde am 2.2.1972 unterrichtet. Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie hat den Entwurf eines Bundesgesetzes über den Bergbau fertiggestellt und zur allgemeinen Begutachtung ausgesendet.

- 35 -

Der österreichische Fremdenverkehrstag 1972 verabschiedete eine Resolution zu Fragen der Aus- und Inländerwerbung, des Ausbaues bestehender Beratungsdienste, der Errichtung einer Dokumentationsstelle bei der österreichischen Fremdenverkehrswerbung, der Marktforschung, der Landes- Fremdenverkehrskonzepte, der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne der Gemeinden, des Umweltschutzes, der Erhaltung von Erholungsraum und der Wegefreiheit, der Appartementshäuser und ähnlicher Bauten, der Fremdenverkehrsorganisation auf Gemeindeebene, der regionalen Zusammenarbeit der Fremdenverkehrsgemeinden, der Förderung der Fremdenverkehrsgemeinden, der Berufsausbildung und des Arbeitsmarktes, der Verbesserung der Dienstleistungen und des Fremdenverkehrsangebotes, des Fremdenverkehrsförderungswesens, der Finanzpolitik und der Verkehrsfragen.

Eine Zusammenfassung dieser Resolution wird an alle zum österr. Fremdenverkehrstag eingeladenen Stellen und Personen übermittelt. Gleichzeitig werden Kontaktnahmen mit den zuständigen Stellen erfolgen, inwieweit und zu welchem Zeitpunkt die Verwirklichung dieser Resolution zu erwarten ist. Ferner ist geplant, nach Ablauf einer gewissen Zeit in Form einer Rundfrage den Stand der Verwirklichung der Resolution in Erfahrung zu bringen.

Die Enquete "Industriehafen-Projekt Enns" hatte den Zweck, der Stadtgemeinde Enns bzw. der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft für Oberösterreich, die sich als Standortbieter seit Jahren um die Finanzierung dieses Projektes bemühen, ein breit angelegtes Forum zur Erörterung der mit der Realisierung des Projektes zusammenhängenden Probleme zu bieten.

Bei der Enquete "regionale Industriepolitik" stellte mein Ressort die Aufnahme der regionalen Industriepolitik in das Arbeitsprogramm meines Ressorts im Zuge des systematischen Aufbaues einer modernen Industriepolitik zur Diskussion.

Bei der Enquete wurde allseits begrüßt, daß das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie nunmehr die Initiative ergreift, um

- 36 -

die regionalen Aspekte in der Industriepolitik stärker zu berücksichtigen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß es auf diesem Gebiet eine Reihe von akuten Problemen gibt, die einer raschen Lösung bedürfen. Die Teilnehmer der Enquete stimmten überein, daß die Arbeiten der österreichischen Raumordnungskonferenz zur Erstellung eines umfassenden Raumordnungskonzeptes durch baldige Maßnahmen zur Lösung jener Probleme ergänzt werden sollte, wo ein Zuwarten nicht vertretbar erscheint.

Die Teilnehmer an der Enquete kamen weiters überein, daß auf Basis der Enquete der Entwurf eines Arbeitsprogrammes ausgearbeitet werden sollte. In der Folge erarbeitete mein Ressort in Zusammenarbeit mit dem Institut für Raumplanung dieses Arbeitsprogramm, das mit allen betroffenen Stellen abgestimmt wurde. Als ersten Schritt zur Durchführung dieses Arbeitsprogrammes wird derzeit vom Institut für Raumplanung über Auftrag meines Ressorts eine Studie durchgeführt, in der ein Überblick über Zielsetzungen und Maßnahmen der regionalen Industriepolitik in Österreich, Zielkonflikte und Effektivität der Maßnahmen gegeben werden soll.

Als weiterer Schritt in Richtung einer Verwirklichung des Arbeitsprogramms wurde von meinem Ressort ein Fragebogen an alle Landesregierungen und Interessenvertretungen zu dem Zwecke versendet, eine Liste aller Problemregionen zu erhalten, bei denen industriepolitische Sofortmaßnahmen angebracht erscheinen. Nach Einlangen der Antworten werden diese von meinem Ressort in Zusammenarbeit mit dem Institut für Raumplanung ausgewertet werden. Das Ergebnis der Auswertung bzw. die Frage der weiteren Vorgangsweise wird den Gegenstand von Besprechungen im Herbst dieses Jahres bilden.

Bei der Enquete Patentförderung wurde von den Teilnehmern das Fehlen einer eigenen Beratungsstelle für Erfinder hinsichtlich Patentanmeldung und Förderungsmöglichkeiten als schwerwiegender Mangel empfunden. Weiters wurde festgestellt, daß die Gebühren, die im Zusammenhang mit der Anmeldung von Patenten im Ausland anfallen, oftmals die Möglichkei-

- 37 -

ten von Einzelerfindern sowie auch kleinen und mittleren Unternehmen übersteigen. Schließlich wurden auch die Schwierigkeiten bezüglich der Herstellung von Kontakten zwischen Erfindern und Patentinhabern auf der einen und der österreichischen Wirtschaft auf der anderen Seite hingewiesen.

Mit Hinblick auf das Ergebnis dieser Enquete hat die Arbeitsgruppe "Patentförderung" nachstehende Maßnahmen vorgeschlagen:

Einrichtung einer Informationsstelle im Österreichischen Patentamt zum Zwecke der Beratung hinsichtlich der sachlichen und formalen Voraussetzungen für Patentanmeldungen, der Aufklärung über Förderungsmöglichkeiten sowie der Hilfestellung bei der Patentverwertung in Zusammenarbeit mit den Fachverbänden der Bundeswirtschaftskammer und den Branchenreferaten im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie;

Einrichtung einer finanziellen Förderung von Patentanmeldungen im Ausland.

ad 12) "Welches Timing legen Sie den in dieser Enquete behandelnden Problemen zu ihrer Lösung zugrunde?"

Wie unter oben 11) ausgeführt, wurde die "Empfehlung für die Lagerung von Heizöl extra leicht in Haushalten" bereits im Vorjahr den Ämtern der Landesregierungen zum Gebrauch zugeleitet.

Der Entwurf eines Bundesgesetzes über den Bergbau wird umgehend nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens und Beschlußfassung im Minister- rat dem Nationalrat zur parlamentarischen Behandlung zugeleitet werden; dasselbe gilt für den Entwurf des neuen Bergbauförderungs- gesetzes.

Der Konsumentenpolitische Beirat legt am Beginn eines jeden Konsumentenforums, das jährlich abgehalten wird, einen Bericht über die jeweils abgelaufene Periode vor. Aufgrund der vom Konsumentenforum erstatteten Vorschläge wird sodann eine Basisdisposition für die

- 38 -

Tätigkeit der Ausschüsse, Arbeitsgruppen und Kommissionen des Beirates erstellt.

Was die Resolution des Österreichischen Fremdenverkehrstages anlangt, so ist die Aufstellung eines konkreten Zeitplanes entsprechend der organisatorischen und funktionellen Einrichtung dieses umfangreichsten Fremdenverkehrsforums nur teilweise möglich. Vor allem ist auch zu berücksichtigen, daß die Durchführung der empfohlenen Maßnahmen bei einer Vielzahl von selbständig entscheidenden Stellen liegt. Im allgemeinen ist jedoch als Durchführungszeitraum die Zeit bis zur Abhaltung des nächsten Fremdenverkehrstages anzusehen.

Da die Enquete "Industriehafen-Projekt Enns" lediglich den Zweck hatte, den zuständigen Stellen in Oberösterreich ein breites Forum zu Erörterung der mit der Realisierung des Projektes zusammenhängenden Probleme zu bieten, die Durchführung selbst aber in der Zuständigkeit dieser Stellen liegt, kann seitens meines Ressorts auf die Terminplanung kein Einfluß genommen werden.

Die vom Institut für Raumplanung über Auftrag meines Ressorts zu erstellenden Studie, in der ein Überblick über Zielsetzungen und Maßnahmen der regionalen Industriepolitik in Österreich, Zielkonflikte und Effektivität der Maßnahmen gegeben werden soll, wird voraussichtlich bis Frühjahr 1973 fertiggestellt sein.

Wie bereits unter oben 11) ausgeführt, wird man sich mit den Ergebnissen der an die Landesregierungen und Interessenvertretungen ausgesandten Fragebogen betreffend Problemregionen bzw. mit der weiteren Vorgangsweise noch im Herbst dieses Jahres befassen.

Der über Anregung der Enquete Patentförderung vom Arbeitskreis "Patentförderung" erstattete Vorschlag auf Einrichtung einer Informationsstelle im Österr. Patentamt soll noch im laufenden Jahr realisiert werden. Die Informationsstelle wird demnach noch dieses Jahr ihre Tätigkeit aufnehmen. Der weitere Vorschlag des Arbeitskreises Patentförderung auf Einrichtung einer finanziellen Förderung von Patentanmeldungen im Ausland wird erst in einer 2. Phase verwirklicht werden können.

- 39 -

Bezüglich der Gestaltung des neuen Bergbauförderungsgesetzes wurde anlässlich der Enquete eine Reihe von Anregungen vorgebracht, die bei der Fertigstellung des Entwurfes weitgehend Berücksichtigung fanden. Auch dieser Entwurf wurde bereits zur Begutachtung ausgesendet.

Beim II. Konsumentenforum wurden Anregungen bezüglich Waren-deklaration, österreichische Werbung, Konsumentenfibel, Größentabellen von Textilien, eines Staatspreises für gute Werbung, verpackte Lebensmittel uam. gegeben.

In der Folge behandelten der Konsumentenpolitische Beirat und die ihm angeschlossenen Arbeitsgruppen und Ausschüsse diese Anregungen und bildeten das Arbeitsprogramm obgenannter Gremien.

Auf der Tagesordnung des III. Konsumentenforums standen u.a. die neuen Vertragsbedingungen der Reisebüros, die Produktdeklaration-Fernsehgeräte und Radiogeräte, die Produktdeklaration-nichttextiler Bodenbeläge, sowie der Kundendienstpaß. Die Anregungen des III. Konsumentenforums fanden in der Arbeit und den Ergebnissen der Ausschüsse und Arbeitsgruppen ihren Niederschlag.

Bei der Werbe-Enquete kamen Probleme der Werbespots, der Ausbildung der Werbefachleute, der Produktinformation, unseriöser Werbemethoden u.a.m. zu Sprache. Die Ergebnisse der Werbe-enquete fanden in den Arbeiten des Ausschusses für Wirtschaftswerbung, bzw. der ihm angegliederten Arbeitsgruppe Werbe-Analyse ihren Niederschlag.

Angelpunkte der Diskussion bei der am 30. Juni 1972 stattgefundenen Möbel-Enquete waren die Fragen des Design, einer Deklaration für Möbel, des Unterrichtsfaches Wohnen sowie der allgemeinen Geschäfts- und Lieferbedingungen des Möbelhandels in Österreich. Auf Anregung der Enquete wurden die Vorarbeiten für einen Ausschuß "Möbel und Wohnen" in Angriff genommen.

Auf die Ausführungen zu Punkt 2 der Anfrage darf weiters verwiesen werden.

- 40 -

ad 13) "Haben Sie - entsprechend der mit Nachdruck angekündigten Finanzplanung - auch Finanzierungspläne zu dem jeweiligen Problemkreis, der Gegenstand der Arbeiten in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, Konferenzen, Ausschüssen und sonstigen Arbeitsgruppen und Enqueten ist oder war, ausgearbeitet?"

ad 14) "Wenn ja, wie lauten diese?"

Für den gesamten Ressortbereich wird jedes Jahr auf Grund des Budgetgesetzes ein Finanzplan ausgearbeitet. Für die einzelnen Teilbereiche der Tätigkeiten des Ressorts, die auf die Arbeiten in den Projektgruppen, Beiräten, Kommissionen, etc. Bezug haben, war bisher im Hinblick auf die Art der Tätigkeit und die Höhe der erforderlichen Mittel die Ausarbeitung eines gesonderten Finanzplans im Rahmen des Gesamtfinanzplanes des h.o. Ressorts nicht notwendig.

Frankfurt